

Arbeit in der neuen Zeit – Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit

Bericht von einer Tagung über offene Fragen der Arbeitspolitik, die am 29. und 30.11.2002 in der Tagungsstätte der IG-Metall in Berlin - Pichelssee statt fand.

Mit einem kurzen Text zur Strukturierung waren Aktive aus Gewerkschaften und Wissenschaft eingeladen worden, Problemstellungen zu erörtern und dabei neue Gesprächsfäden zu knüpfen, um eine neue Begegnung zwischen den in den vergangenen Jahren auseinandergelaufenen gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussions- und Arbeitslinien zu ermöglichen.

“Die Debatte um eine neue Politik der Arbeit findet aktuell unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen statt. Anhand der Vielzahl offener Probleme und Unsicherheiten, was alles so nicht mehr zu gehen scheint und was alles auch nicht mehr das zu sein scheint, was es gewesen ist, sollen orientierende Fragen für eine gemeinsame produktive Weiterarbeit formuliert werden. Diese Fragestellungen beziehen sich auf zwei unterschiedliche Problemdimensionen, welche im Interesse einer nachhaltigen Diskursentwicklung auseinander gehalten werden müssen, auch wenn dringlich zu lösende praktische Fragen sich immer wieder in beiden Dimensionen stellen.

Sie beziehen sich *erstens* auf die Dimension einer adäquaten Analyse der gegenwärtigen Lage, insbesondere einer tragfähigen Bestimmung des in ihr bestehenden Verhältnisses von alten und neuen Momenten der gesellschaftlichen Entwicklung.

Sie zielen *zweitens* auf eine realitätstüchtige Bestimmung möglicher Handlungsstrategien, die weder traditionalistisch am vergehenden Alten festhalten, noch der modischen Tendenz erliegen, gleichsam vom Neuen geblendet, altbekannte Verhältnisse und Strukturen zu vernachlässigen, welche doch in veränderten Gestalten wiederkehren.”¹

Worum es ging:

“Nach den Bundestagswahlen wird es unabhängig von parlamentarischen Entscheidungen in jedem Fall notwendig sein, eine offene Debatte über die ungelösten Probleme nachhaltiger Politik in Gang zu bringen, vor denen die Gewerkschaften und die sozialkritische Wissenschaft heute stehen.

Es ist Zeit genau zu bilanzieren, was sich in den 1990er Jahren verändert hat, was immer noch gilt und was nicht mehr. Zwar haben sich die Interessen der abhängig Beschäftigten, wie in den “new economy” behauptet, weder verflüchtigt, noch die Notwendigkeit ihrer organisierten Vertretung - aber wir müssen uns ihrer einmal wieder vergewissern und unsere Strategien und Forderungen selbstkritisch durchbuchstabieren. Jedenfalls haben die vielen Versprechungen der ‘Neuheiten’ der 1990er Jahre sich nicht einlösen lassen. Das ist allerdings noch kein Grund, einfach wieder auf alle Rezepte und Forderungen der 1980er Jahre zurückzugreifen. Es gilt, konkret zu unterscheiden, wo wir wirklich neue Entwicklungen erkennen, analysieren und bewerten müssen, wo wir wirklich grundlegend neuen Problemlagen erkennen und wo wir es, trotz allen Geredes vom Neuen, tatsächlich mit einem nur im Namen modernisierten Alten zu tun haben.

Die Gewerkschaften und die ihnen verbundene wissenschaftliche Forschung können seit den Umbrüchen im Übergang zu den 1990er Jahren schon auf einen gemeinsamen inhaltlichen Selbstverständigungsprozess zurückblicken. Dieser ist bisher auch auf gewerkschaftlicher Ebene vorangetrieben worden, wie die gewerkschaftlichen Zukunftsdebatten zeigen.

Mit unserer Tagung wollen wir die gewerkschaftliche Zukunftsdebatte und den Dialog von Wissenschaften und Gewerkschaften in die Regionen ziehen - dies aus der Perspektive der Region Berlin-Brandenburg – Hauptstadtregion und ostdeutschen Krisengebiet - , sowie aus der von NRW - einer alten westdeutschen Industrieregion mit erheblichen, zum großen Teil schon verarbeiteten Strukturbrüchen. Dabei geht es auch um einen bewussten Brückenschlag zwischen Ost und West. Wir wollen versuchen Erfahrungen und Erkenntnisse miteinander zu verbinden, die in gewerkschaftlicher Praxis und wissenschaftlicher Forschung erarbeitet worden sind und erste Konsequenzen für die weitere Arbeit ziehen. Das schließt ein sorgfältiges Hinhören auf die jeweils

¹ Entnommen aus der Einleitung der “Spandauer Fragen” zur Einladung der Konferenz in Pichelssee.

spezifischen Schwierigkeiten, aber auch eine Aufnahmebereitschaft für die erfolgreichen Initiativen der Anderen mit ein.“

In seinem Eröffnungsvortrag zu den “Perspektiven abhängiger Arbeit in der neuen Zeit” stellte **Johano Strasser**, P.E.N. -Zentrum Deutschland, die Thematik der Tagung in den größeren historischen Zusammenhang der Veränderungen der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Arbeit, wie sie Hannah Arendt als “Wiedergewinnung des Politischen” (wenn auch einseitig) reflektiert habe. Angesichts einer Entwicklung, welche eben doch nicht durch das “Ende der Arbeit”, sondern durch einen “grundlegenden Wandel der Arbeitsgesellschaft bestimmt ist”, erinnerte er daran, dass “Erwerbsarbeit für alle! ... unter diesen Umständen eine einleuchtende, auf Gerechtigkeit, Emanzipation und soziale Befriedung zielende Forderung ist” und keineswegs bloß eine “sozialromantische Utopie” (Miegel). Er plädierte “für eine Politik der Arbeit, die die Chancen zur Verkürzung der Erwerbsarbeit nützt, die neben der Erwerbsarbeit auch die vielfältigen Formen nicht monetär vermittelter Arbeit in den Blick nimmt und auch dafür möglichst humane Bedingungen zu schaffen sucht.” Anstatt dem drohenden Selbstlauf in eine “neofeudale Dienstleistungsgesellschaft” nachzugeben, könnte im “Aktionsraum” Europa “ein alternatives Modell der Globalisierung” entfaltet werden, dass die Chance nutzt, “uns von der Maloche zu entlasten und die Arbeit zu befreien, indem wir uns von einem Großteil fremdbestimmter Arbeit befreien.” Und “die Verfügung über *Lebenszeit* sei als Wohlstand zu begreifen”.

In drei Einleitungsvorträgen brachten **Adelheid Biesecker**, **Hildegard Maria Nickel** und **Frieder Otto Wolf** unterschiedliche Perspektiven zur Geltung, deren durchaus nicht einfache Vermittlung sich als Spannungsbogen durch die weitere Tagung zog.

Adelheid Biesecker, Universität Bremen, betonte die Auswirkungen der Diskursverengung ausschließlich auf die Problematik der Erwerbsarbeit allein als bedrohlich für die Ökologie, und damit für die Grundlage allen Wirtschaftens und Arbeitens, da auch hier wie in der ökonomischen Dimension der *Reproduktive Sektor* ausgeblendet würde. Sie fasste dagegen aus der Perspektive des Ökologischen Wirtschaftens, die auch den Gedanken der Vorsorge und der Reproduktion als integralen Bestandteil einer Kreislaufwirtschaft umfasst, das ‚Ganze der Arbeit‘ ins Auge und fragte, wie und aufgrund welcher Kriterien dieses Ganze neu organisiert werden kann, so dass ernsthaft von einer ‚nachhaltigen Arbeit‘ gesprochen werden kann. Auf dem Wege einer tiefgreifenden qualitativen Weiterentwicklung auch der Erwerbsarbeit entwarf sie die Perspektive einer “Vollbeschäftigung durch das ‚Ganze der Arbeit“”. Um die “Produktivität der Ökologie” zu erhalten und um die “Reproduktivität der Gesellschaft” zu gewährleisten fallen in einer ökologisch ausgerichteten Produktionsweise ganz neue Aufgaben und damit *Neue Arbeit* an. Dabei geht es auch um das Ziel, “gute Erwerbsarbeit” und “gute Versorgungsarbeit” als Struktur in einem neuen Gesellschaftsvertrag zu verankern.

Hildegard Maria Nickel, Humboldt Universität Berlin, ging der Frage nach, inwiefern die Frauenarbeit und nicht einseitig die durch neue Technologien definierten Formen neuer Arbeit das lange geleugnete Potenzial der Arbeitsmarktmodernisierung bilden und wie dies in einer historischen Situation genutzt werden kann, in der es nicht mehr primär um die Verteilung von Wohlfahrtszuwächsen geht. Ohne “Rahmenbedingungen, die Familie und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer lebbar machen” und ohne “eine Neubewertung ‚alter‘ klassischer Frauenberufe und –arbeit” wird eine lebbare Wissensgesellschaft nicht zu haben sein. Die Kreativitäts- und Leistungspotentiale, die aus einer Erwerbsintegration von Frauen im High-Tech-Bereich erwachsen, sind längst als Ressource von Innovation und Wirtschaftlichkeit begriffen worden. Wissensintensive Dienstleistungen benötigen aber auch neue Basis- und Schlüsselqualifikationen, nachdem bislang der “IQ” im Vordergrund stand, kommt es jetzt auch auf den “EQ” an, die “soziale Kompetenz” ist gefragt, die in stärkerem Maße den Frauen zugeschrieben wird.

Sie plädierte für einen “Brückendiskurs” (Fraser) zwischen den Geschlechtern zur Debatte über Umverteilung von Einkommen und vor allem von Investitionen, um soziale Aushandlungen und neue Formen zivilgesellschaftlicher Kompromissuche stattfinden können. Der Übergang in die Wissensgesellschaft sei zum Nulltarif nicht zu haben, gute sozial-kulturelle Dienstleistung hat ihren

Preis – bisher wurde sie als “niedrigqualifiziert” bewertet, obwohl sie zwar “niedrigproduktiv” ist; sie ist aber eben gerade nicht nur arbeitsintensiv, sondern auch qualifiziert und hochqualifiziert, wird aber als solche meist unterbewertet und unterbezahlt. Daher sei jede weitere Initiative zur Fortschreibung von Billiglöhnen über “Bürgergeld” oder “Kombi-Löhnen” nicht nur geschlechtsblind, sondern eben auch frauenfeindlich. Es muss eine Neubewertung “alter” klassischer Frauenberufe und –arbeit gehen *und* um den Ausbau von High-Tech-Berufen. Die Wissensgesellschaft wird ohne das eine *und* das andere nicht zu haben sein.

Frieder Otto Wolf, Freie Universität Berlin und inEcom, fragte nach den Entwicklungen innerhalb der vorherrschenden Politik der Erwerbsarbeit, welche eine produktive Aufnahme der neuen Anforderungen von Ökologie- und Geschlechterpolitik möglich machen – und vor welchen Hindernissen und Kämpfen sie steht. Über die Horizontverengung der Hartz- Debatte hinaus blickte er auf die Umbrüche der 1990er Jahre zurück – die weder das waren, als was sie ihre neoliberalen PropagandistInnen ausgegeben haben, noch auch einfach nicht existent, wie viele ihrer Kritiker es gerne gehabt hätten. Er schlug vor, sowohl nach den Anforderungen zu fragen, vor die die Metamorphosen des Kapitals alle Formen der abhängigen Arbeit stellen, als auch nach den eigenen Möglichkeiten des Widerspruchs und der Initiative, welche sich dadurch ergeben.

In parallelen Arbeitsgruppen wurde dann intensiv diskutiert, wie derartige allgemeinere Fragestellungen und Zielsetzungen auf konkreten Handlungsfeldern in tragfähige strategische Allianzen der Wissensbildung zwischen Gewerkschaften und Wissenschaften eingebracht werden können.

Der **erste Block** von Arbeitsgruppen konzentrierte sich auf Fragen der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit und Handlungsebenen, auch wenn sie diese nicht als Selbstzweck, sondern in einer Perspektive gewerkschaftlicher Gesellschaftspolitik betrachtete:

Mit Impulsreferaten von **Helmut Martens** (sfs), **Franziska Wiethold** (ver.di), **Alexandra Wagner** (FIA) und **Andreas Blechner** (Vors. BR VW-Salzgitter) diskutierte eine Arbeitsgruppe, was die “klassischen Aufgaben der Gewerkschaften heute bedeuten, wie weit sie noch gesellschaftspolitisch tragen und wie sie sich durch die Wahrnehmung neuer arbeits- und gesellschaftspolitischer Aufgabenstellungen ergänzen lassen bzw. wie sie in gesellschaftspolitische Bündnisse eingebracht werden können, aber ohne dabei das kämpferische Eintreten für die Interessen der eigenen Mitglieder zu vernachlässigen.

Die Gewerkschaftspraktiker verwiesen auf die großen Anstrengungen, aber auch nicht gering zu schätzenden Erfolge bei der Verteidigung sozialer Sicherungen in einem Jahrzehnt fortwährender defensiver Kämpfe, die WissenschaftlerInnen auf die Notwendigkeit einer weiteren Öffnung gewerkschaftlichen Handelns gegenüber neuen Problemlagen und potentiellen Mitgliedergruppen. Nur so sei auf Dauer gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit zu sichern.

Eine zweite Arbeitsgruppe, zu der **Margit Schratzenstaller** (Universität Göttingen), **Andreas Botsch** (DGB) und **Dieter Plehwe** (Wissenschaftszentrum Berlin/University of Yale) die vorbereiteten Diskussionsimpulse beisteuerten, diskutierte die politischen Trends in den Prozessen der Globalisierung und der Europäisierung und deren Veränderbarkeit. An konkreten Beispielen, wie der herrschenden EU-Finanzpolitik und mit Bezug auf das Euro-Memo für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa 2002, wurde herausgearbeitet, welches große Potential hier zu suchen ist. Zugleich wurde aber auch über die Distanzen, wie sie immer noch etwa zwischen dem “Europäischen Gewerkschaftsbund” und dem ‘Europäischen Sozialforum’ bestehen, das dieses Jahr zum ersten Mal in Florenz das alternative zivilgesellschaftliche Bewegungsnetzwerk konzentriert zusammenbrachte, herausgearbeitet, wie viel noch zu tun bleibt, um dieses neue Potential wirklich nutzen zu können.

Eine dritte Arbeitsgruppe, zu der **Gerhard Richter** (IMU), **Klaus Dörre** (FIAB Recklinghausen), **Sabine Gensior** (BTU Cottbus) und **Klaus Kock** (Kooperationsstelle Wissenschaft/Arbeitswelt der Universität Dortmund) einführende Inputs vorbereitet hatten, diskutierte die sich verändernden Voraussetzungen lokaler und regionaler Politik und speziell die darin liegenden Möglichkeiten für eine eigenständige und bündnispolitische Gestaltungsstrategie der Gewerkschaften. Dabei bildeten

die konkreten Erfahrungen des Ruhrgebiets einerseits und des ‚Aufbaus Ost‘ andererseits die Erfahrungsgrundlage für eine weitreichende Diskussion des Verhältnisses gewerkschaftlicher Regionalpolitik zur Wirtschafts- insbesondere zur Mittelstandsförderung und der Erschließung neuer Geschäftsfelder einerseits und akzeptabler Leitbilder regionaler Entwicklung andererseits.

Die Diskussionen wurden am zweiten Tag mit einem weiteren Block paralleler Arbeitsgruppen fortgesetzt. Dieser **zweite Block** von Arbeitsgruppen setzte sich mit drei großen Herausforderungen auseinander, vor denen eine neue Politik der Arbeit von Seiten von Gewerkschaften und Wissenschaften heute stehen: Was kann – angesichts des weitgehenden Wegfallens der im ‚fordistischen‘ Entwicklungsmodell der Nachkriegszeit aufgebauten Mechanismen der „Globalsteuerung“ – heute noch und wieder ein gesellschaftspolitisches Modell der „Vollbeschäftigung“ sein, das die Kräfte zu bündeln geeignet ist, durch deren Zusammenwirken die wilde Dynamik des Kapitals zumindest gezähmt werden kann, welche neuen Bedingungen für eine Politik der Arbeit ergeben sich daraus, dass – keineswegs nur technologisch bestimmt – Prozesse der Produktion, Reproduktion und Verbreitung von Wissen in ihrer Bedeutung für die Gesamtgesellschaft sprunghaft zugenommen zu haben scheinen – und wie kann den rechtspopulistischen Versuchen erfolgreich begegnet werden, aus der Angst vieler vor den bereits erfolgten oder sich abzeichnenden Veränderungen eine Stütze für eine repressive und gewaltbereite Politik zu machen.

Die Gewerkschaften und die ihnen nahestehenden Kräfte werden entscheidend darauf angewiesen sein, eine eigenständige Handlungsfähigkeit in Bezug auf globale und europäische Problemdimensionen zu entwickeln. Das wird nur im offenen Dialog mit den bereits transnational agierenden Kräften und Netzwerken möglich sein. Zugleich werden gerade die Gewerkschaften aber auch ihre spezifischen politischen Möglichkeiten strategisch ausbauen und aktiver nutzen müssen, um ihre unter dem Druck von Protestbewegungen wachsenden institutionalisierten Einwirkungsmöglichkeiten auf diesen Handlungsebenen tatsächlich in den Dienst ihrer gesellschaftspolitischen Gestaltungsziele zu stellen.

Eine Arbeitsgruppe dieses Blocks schritt, mit vorbereiteten Diskussionsimpulsen von **Wolfgang Scheremet** (DGB), **Claus Schäfer** (WSI), **Joachim Spangenberg** (SERI) und **Alexandra Wagner** (FIA) und einer starken Intervention Adelheid Biesecker, in der Auseinandersetzung über Konzepte von „Globalsteuerung“ und „Vollbeschäftigung“ das gesamte Spektrum ab, das sich von der makroökonomischen Tagespolitik, über die Möglichkeiten einer alternativen Wirtschaftspolitik und die Aufgaben erstreckt, die sich für eine Politik der nachhaltigen Entwicklung auf dem Feld von „Ökologie und Arbeit“ (vgl. die große Studie der Hans-Böckler-Stiftung)² ergeben - bis hin zur Frage der geschlechterpolitischen Bedeutung und Voraussetzungen von Wirtschaftspolitik. Es wurden die Veränderungen im Verhältnis von „entgrenzter Arbeit“ zu gesellschaftlich als „Nicht-Arbeit“ definierten Tätigkeiten in der real notwendigen gesellschaftlichen Gesamtarbeit diskutiert.

In einer weiteren Arbeitsgruppe ging es, nach Impulsreferaten von **Rolf Kreibich** (IZT), **Katja Karger** (connex-av/ver.di), **Peter Brödner** (IAT) und **Ingolf Rascher** (RU Bochum), um die Wissensgesellschaft sowohl als Chance, als auch als Gefahr, aber zugleich auch als *Hype*. Auch wenn neue Etikettierungen, wie die von der ‚Wissensgesellschaft‘ nicht davon ablenken sollten, dass auch die alten Abhängigkeits- und Herrschaftsstrukturen der alten Arbeitsgesellschaft immer noch unsere Wirklichkeit prägen, dass die Umbrüche unserer Zeit auf das engste mit den ‚Zukunftstechnologien‘ verknüpft sind und auf dem herrschenden an Wissenschaft und Technik gebundenen Fortschrittsparadigma beruhen, wurde in den Einführungsthesen der Wissenschaftler eindringlich vor Augen geführt. Die Frage nach einem neuen Fortschrittsparadigma drängt sich von daher auf. Für die Gewerkschaften ist der praktische Umgang mit diesem Problem schwierig, denn die modernen WissensarbeiterInnen halten zu ihnen vielfach noch große Distanz. Auch nachdem die Boomzeiten der *New Economy* vorbei sind, sind hier sprunghafte Entwicklungen zu

² Hans Böckler Stiftung: „Wege in eine nachhaltige Zukunft – Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie“, 2. Auflage April 2001.

konstatieren, welche die Gewerkschaften vor die Herausforderung stellen, sich auf die radikal veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen einer neuen Generation von Beschäftigten einzulassen und im Feld der Wissensarbeit neue Maßstäbe für humane Arbeit zu entwickeln, sowie immer wieder die Frage zu stellen, wie die Grenzen der privaten Aneignung in diesem Feld zu bestimmen sind bzw. welche Formen von ‚Allmende‘ (*public domain*) für eine humane Entwicklung der Arbeit in diesem sich immer weiter ausspannenden Feld unverzichtbar sind. Dabei stellt sich offenbar in zugespitzter Form das Problem, wie das Moment der Selbstaubeutung in der für die Wissens- und Kommunikationsarbeit zentral wichtigen ‚*self-governance*‘ beschränkt und umgekehrt das Moment der Selbstbestimmung darin gestärkt werden kann.

Daneben stellte sich eine Arbeitsgruppe des zweiten Blocks dem Problem der neuen Politikangebote von ganz rechts und wie ihnen von links zu begegnen ist. Mit Impulsreferaten von **Sebastian Reinfeldt** (TU Wien), **Alfred Roos** (RAA Berlin-Brandenburg), **Ortrun Gauper** (SPÖ) und **Christian Christen** (attac-D) wurden unterschiedliche Erfahrungshintergründe im europäischen Maßstab (insb. Italien und Österreich), aber auch in der Region Berlin-Brandenburg daraufhin befragt, welche analytischen Konzepte und welche praktischen Strategien gegen diese neuen Praktiken eines oft gewaltbereiten -und immer autoritären und antiemanzipatorischen - Rechtspopulismus erfolgreich sein können. Insbesondere wurden die dadurch entstandenen neuen Herausforderungen an linke Politikangebote fokussiert.

In der abschließenden **Plenardebatte** wurde noch einmal kritisch auf die Hintergrundthesen des Eröffnungsplenums zurückgegriffen und von den Ergebnissen der Arbeitsgruppen berichtet. Dabei wurde nicht nur deutlich, dass ein dringender Bedarf besteht, übergreifende Kategoriebildungen wie “gesellschaftliche Gesamtarbeit”, das “Ganze der Arbeit” oder “Mischarbeit” zu einander ins Verhältnis zu setzen. Es wurde auch ein starker Bedarf artikuliert, von den oft schematischen und empirisch eher spekulativen Antizipationen der 1980er und der frühen 1990er Jahre, wie sie den meisten Konzepten des “Fordismus” zugrunde liegen, zu eher mit empirischen Untersuchungen und praktischen Erfahrungen gesättigten Analysen der Umbrüche der 1990er Jahre zu kommen, um auf diese Weise nicht nur die neoliberalen ‚Übertreibungen‘, sondern auch die Vereinfachungen auf Seiten vieler ihrer Kritiker wissenschaftlich fundierter und praktisch wirksamer überwinden zu können. Dabei wurde in der Debatte auch deutlich, dass mit reduktionistischen Konzepten des “Entwicklungsmodells” der 1950er und 1960er Jahre, das auch noch die 1970er Jahre geprägt hat, keine realitätstüchtige Diagnose der Umbrüche der 1990er Jahre, weder des Umfangs und der Tragweite der konkreten Veränderungen, noch auch ihrer hegemoniepolitischen Auswirkungen und Besetzungen zu gewinnen ist:

Es gilt, zu thematisieren, wie die verschiedenen Dimensionen dieses historischen Entwicklungsmodells – von der Ausgrenzung der ökologischen Dimension und der geschlechterpolitischen Polarisierung über Taylorismus und Rationalisierung in der Produktion, sowie keynesianischer Globalsteuerung als Instrument von Wirtschafts- und Verteilungspolitik bis hin zu einem versicherungsbasierten Sozialstaat und korporatistischen Politikprozessen – zusammenwirkten und sich zu einer relativ stabilen Lösung zentraler Reproduktionsprobleme auf Kosten verdrängter Problemdimensionen und marginalisierter sozialer Kategorien ergänzt haben. Es ist zu analysieren, was sich demgegenüber in den 1990er Jahren neu konfiguriert hat, um anfangen zu können, realitätstüchtige Konzepte alternativer Entwicklungspfade in die gesellschaftspolitische Diskussion einbringen zu können. Dabei bleibt offenbar die Orientierungsfrage wichtig, ob die 1990er Jahre bereits als eine vollständige Transformation der gesamtgesellschaftlichen Konstellation im globalen Maßstab gelten müssen, oder ob die ‚große Transformation des 21. Jahrhunderts‘ noch eine Frage der Zukunft ist. Dabei bestand besonderer Diskussionsbedarf in den Fragen, wie eigentlich ein ‚Kampf um die Subjekte‘ zu führen ist, dessen gesellschaftspolitische Bedeutung zuzunehmen scheint, was der faktische und hegemoniale Stellenwert von Normalarbeitsverhältnissen in der veränderten Lage sein kann und wie die neue Aufmerksamkeit

für Geschlechterverhältnisse und Naturverhältnisse innerhalb einer neuen Politik der Arbeit tragfähig verankert werden kann. Dabei gehören offenbar sowohl inzwischen schon alte Begriffe wie ‚qualitatives Wachstum‘ als auch in den 1990er Jahren verbindlich vereinbarte Begriffe wie ‚nachhaltige Entwicklung‘ oder ‚gender- mainstreaming‘ immer wieder auf den Prüfstand, um sie vor technokratischen Verkürzungen ebenso wie von idealistischen Überfrachtungen zu befreien.

Insgesamt hat die Tagung ausdrücklich den Versuch unternommen, „Fragen neuer Strategiebildung ... nicht mit tagespolitischen oder taktischen Gesichtspunkten“ zu überfrachten oder gar mit ihnen zu verwechseln, wie die Initiatoren in einem Arbeitsdokument formuliert haben, in dem sie „einen längerfristigen Prozess der Selbstaufstellung und –aktivierung“ vorschlagen.

Die zentrale übergeordnete Frage „welche Kräfte können, mit welchen Mitteln, in Bezug auf welche Gegenstände und an welchen Orten der Auseinandersetzung in kommenden Auseinandersetzungen mit Aussicht auf Erfolg agieren“ ergab vier konkretere Fragestellungen:

“1. Welches Potenzial der neuen Wissensbildung kann durch strategische Allianzen zwischen Gewerkschaften als Organisationen und Einrichtungen der wissenschaftlichen Arbeit erschlossen werden?

2. Welche Akteure werden unter den veränderten Bedingungen der gegenwärtigen Arbeitswelt für eine neue Politik der Arbeit mit umfassendem Gestaltungsanspruch gebraucht und wie können sie gefunden und angesprochen werden?

3. Welche Akteurskonstellationen und Handlungspotenziale können auf lokaler und regionaler Ebene angesprochen und aktiviert werden?

4. Wie können die neuen, oft noch diffusen Ansprüche auf demokratische Gestaltung der weit über die Grenzen der Nationalstaaten hinausgehenden europäischen und globalen Zusammenhänge produktiv umgesetzt werden?”

Es wurde verabredet, diese Debatte fortzusetzen – mit einer überarbeiteten Ausformulierung von gemeinsamen Fragestellungen – um dann für das Jahr 2003 weiterführende Arbeitstreffen und Tagungen zu planen, die den beginnenden gemeinsamen Diskurs stabilisieren und ausbauen können.

Dipl. Ing. Pia Paust-Lassen

Berlin

Dezember 2002